

Die systematische Verletzung der Menschenrechte

Menschenrechtsverletzungen gehören zum Alltag der kolumbianischen Bevölkerung. Verantwortlich sind Armee, Paramilitärs und Guerilla, aber auch die Regierung selber. Durch die Demobilisierung der Paramilitärs bleiben grösste Verbrechen straflos.

Die Menschenrechtssituation in Kolumbien ist äusserst kritisch. Alle bewaffneten Akteure - Armee, Paramilitärs und Guerilla - verletzen systematisch das humanitäre Völkerrecht. Die Regierung missachtet offen internationale Menschenrechts- und Völkerrechtsnormen. Sie setzt ihr Programm der Bauernsoldaten und des Informantennetzes fort und involviert damit in offener Verletzung des Völkerrechtes die Zivilbevölkerung in den Konflikt. Mit der so genannten Demobilisierung der Paramilitärs ist zudem die grösste Kampagne zur Verwirklichung der Straflosigkeit im Gange. Damit wird die politische, soziale, wirtschaftliche und territoriale Kontrolle des Paramilitarismus konsolidiert und gefestigt. Die Verantwortung des Staates für die Schaffung, Ausrüstung, Zusammenarbeit, Tolerierung und Unterstützung der paramilitärischen Gruppen bleibt verdeckt und straflos. Obwohl die Einstellung der Streitigkeiten eine Grundvoraussetzung der Regierung für die so genannten Verhandlungen mit den Paramilitärs war, ermordeten diese seit ihrer Ankündigung eines Waffenstillstandes im Dezember 2002 bis zum 30. Juni 2005 insgesamt 2'548 Menschen. Sie vertrieben Zehntausende und setzten ganze Gemeinschaften einer Art Belagerungszustand aus, in dem jegliche Bewegungsfreiheit unterbunden wurde. Die Versorgung mit Grundgütern, Medikamenten und Treibstoff wurde eingeschränkt oder gar verhindert.

Im Rahmen sozio-politischer Gewalt wurden von Januar bis Ende Juni 2005 insgesamt 1'397 Personen getötet. 26 wurden von staatlichen Sicherheitskräften, 272 von Paramilitärs und 120 von der Guerilla ermordet. Bei 326 konnte die Täterschaft nicht eruiert werden und bei 653 Personen handelte es sich um vermeintlich Kämpfende, die bei Gefechten umkamen. Im gleichen Zeitraum wurden 59 Menschen zum Verschwinden gebracht, 321 willkürlich verhaftet und 23 von Armee oder Paramilitärs als menschliche Schutzschilder genommen. Dazu kamen 1'561 Entführungen, wobei die Guerilla für 109, die Paramilitärs für 17 und gewöhnliche Kriminelle für 103 Fälle verantwortlich gemacht wurden. In den übrigen 1'211 Fällen blieb die Täterschaft ungeklärt.

Zwischen August 2002 und Juni 2005 wurden 43 MenschenrechtsaktivistInnen ermordet oder zum Verschwinden gebracht. Hohe Regierungsfunktionäre tragen durch ihre Verleumdungen und Anschuldigungen zur Stigmatisierung der MenschenrechtsverteidigerInnen bei.

Am 21. Februar 2005 ermordete die Armee acht Mitglieder der Friedensgemeinde San José de Apartadó, darunter drei Kinder. Anschliessend militarisierte sie den Ortskern. Um nicht mit bewaffneten Akteuren und den für die Morde Verantwortlichen zusammenleben zu müssen, bauten die Mitglieder der Gemeinschaft in einiger Entfernung eine neue Siedlung *San Josecito* auf. Im November 05 wurde eine weitere Führungsperson der Friedensgemeinde von der Armee ermordet. Die massiven Verleumdungen gegen die Friedensgemeinde gingen weiter. Selbst Präsident Uribe bezichtigte Führungsleute der Gemeinde als Sympathisanten der Guerilla.

In den ersten neun Monaten des Jahres 2005 wurden 252'801 Personen gewaltsam vertrieben, was eine erneute drastische Zunahme bedeutet. Die kolumbianische Bischofskonferenz veröffentlichte eine Studie über die Vertreibung in den letzten 10 Jahren. Nach ihren Angaben wurden zwischen 1995 und 2005 insgesamt 3'662'642 Personen gewaltsam von ihren ursprünglichen Wohnorten vertrieben. Sie verloren meist ihr ganzes Hab und Gut und leben in Elend oder grosser Armut traumatisiert und unter

menschenunwürdigen Bedingungen in den Elendsvierteln der Städte. Sie sind zudem stigmatisiert und sehen sich dem Misstrauen ihrer Umgebung ausgesetzt.

Für JournalistInnen ist Kolumbien weiterhin eines der gefährlichsten Länder. So wurden 2005 zwei Journalisten ermordet, 64 mit dem Tode bedroht, 2 bei der Ausübung ihres Berufes verletzt, und 6 durch Drohungen ins Exil getrieben.

Entgegen aller Beteuerungen der Regierung vergrößert sich die soziale Kluft zusehends. Kolumbien gehört zu den drei Ländern Lateinamerikas mit den grössten sozialen Unterschieden. 31% der Bevölkerung lebt im Elend und 64,2% unterhalb der Armutsgrenze. Die Arbeitslosigkeit beträgt offiziell 17%, der Grad der Unterbeschäftigung 40%. Ein Grossteil der Bevölkerung hat keinen Zugang zu sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Rechten.